Compromiß angetragen worden, nach welchem den Nationalliberalen von den zu vergebenden drei Mandaten zum Abgeordnetenhause eines zugestanden werden sollte, sofern sie ihrerseits sich verpflichten würden, für Herrn Hofprediger Stöcker zu stimmen. Die Nationalliberalen haben dieses Ansinnen rundweg abgeschlagen. Wie die „Elberfelder Zeitung" hinzufügt, richtet sich diese Absage natürlich nicht gegen die Conservativen, sondern ausschließlich gegen Herrn Hofprediger Stöcker.

* Aus Braunschweig, 2. November, wird der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" geschrieben:

Heute sind drei Jahre verflossen, seit Se. königl. Hoheit Prinz Albrecht von Preußen als Regent unseres Landes an der Seite Seiner erlauchten Gemahlin unter dem Jubel der gesammten Bevölkerung in die Landeshauptstadt Seinen Einzug hielt. Mit dankbarer Verehrung blickt das Land zu dem edlen ritterlichen Herrn empor, der es verstanden, in kurzer Zeit die Herzen Seiner Unterthanen zu gewinnen, und der die schönen Hoffnungen im reichsten Maße erfüllt hat, die an Sein Kommen sich knüpften. Mit voller Hingebung hat der Regent Sich Seinen hohen Pflichten gewidmet, auf allen Gebieten des staatlichen und kirchlichen Lebens hat Er das wärmste Interesse gezeigt. Heute gedenkt mit innigsten Segenswünschen das Land Braunschweig besonders lebhaft des hohen fürstlichen Paares und der drei jugendlichen Prinzen, die wir die unsern zu nennen stolz sind. Ist es doch den Braunschweigern höchste Freude, in dem Fürstenschlosse endlich einmal ein fürstliches Familienleben zu sehen — ein erhabenes Vorbild für das ganze Land, denn nicht nur ein echt Fürstliches, sondern auch ein wahrhaft christliches Haus ist es, dem nach Gottes Fügung das Schicksal unseres Landes anvertraut wurde. Mehr und mehr fühlen sich die Braunschweiger verwachsen mit dem erlauchten Prinzen aus dem Hohenzollernhause, und sicher und geborgen wissen sie sich, so lange Seine Hand schützend über ihnen waltet.

* * *

* Von den verschiedenen Volksstämmen, welche außer dem herrschenden Stamme der Magyaren Ungarn bewohnen, lassen sich bekanntlich die Deutschen, besonders die deutschen Städtebürger, am leichtesten, die Serben und Rumänen dagegen am schwersten ihres Volksthums entkleiden und magyarisiren. Die 2½ Millionen Rumänen, welche zur Hälfte in Siebenbürgen, zur anderen Hälfte im eigentlichen Ungarn ostwärts einer Linie, welche die Städte Weißkirchen, Werschetz, Temesvar, Arad, Groß-Wardein, Nagy-Karoly, Szathmar-Nemethi und Husst verbindet, ihre Sitze haben, besitzen ein so lebendiges Nationalgefühl und setzen allen Magyarisirungsbestrebungen der Behörden und der sogenannten Culturvereine einen so zähen Widerstand entgegen, daß ihnen bisher noch keine Ortschaft entrissen wurde und daß auch in ihren Schulen der magyarische Sprachunterricht auf wenige Stunden beschränkt geblieben ist. Mit Ingrimm verfolgen deshalb alle magyarischen Blätter die gedeihliche Entwickelung des rumänischen Volksstammes, der zugleich eine Vermehrung aufweist, wie kein zweites Volk in Ungarn, die Schwaben im Süden allenfalls ausgenommen. In den letzten Monaten hat der herrschende Stamm in Ungarn nun einen anderen Weg eingeschlagen, um die verhaßten Rumänen unschädlich zu machen; man sucht die Führer des Volkes, indem man ihnen wegen angeblicher Aufreizung gegen die magyarische Nationalität einen Proceß anhängt, einzuschüchtern und womöglich zum Verlassen des Landes zu bewegen. Da zu solchen Verhandlungen stets die Geschwornengerichte in den Städten Klausenburg und Arad, wo die schlimmsten magyarischen Fanatiker wohnen, delegirt werden, so enden diese Processe regelmäßig mit der Verhängung empfindlicher Freiheits- und Geldstrafen über die angeklagten rumänischen Journalisten und Volksführer. Bei diesen Gerichtsverhandlungen ist von einer juristischen Begründung der Anklage in der Regel sehr wenig wahrzunehmen; dafür aber kann man den öffentlichen Ankläger den Satz verfechten hören, die Geschworenen dürften sich nicht blos Das, was der angeklagte Redacteur in dem beanstandeten Artikel gesagt habe, vor Augen halten, sondern sie müßten auch Das, was er denke und wünsche, in Betracht ziehen und somit den Angeklagten unbedingt schuldig sprechen. So wurden die Schriftleiter der „Tribuna" in Hermannstadt und der „Romänischen Revue" auf längere Zeit der Freiheit beraubt. Der sonderbarste Proceß ist aber jedenfalls gegen den pensionirten k. k. General Trajan Doda geführt worden. General Doda war bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen unter allen Candidaten der rumänischen Nationalpartei allein durchgedrungen und später vom Abgeordnetenhause, weil er sich weigerte, das Mandat anzunehmen, desselben verlustig erklärt worden. In dem Rechtfertigungsschreiben, welches Doda an seine Wähler richtete, glaubte nun der Staatsanwalt eine Aufreizung gegen die magyarische Nation zu finden. Der Hauptverhandlung konnte General Doda wegen Krankheit nicht beiwohnen, doch hatte er einen Vertheidiger entsendet, der jedoch vom Gerichtshofe nicht zugelassen wurde, so daß die Verhandlung ohne Angeklagten und Vertheidiger vor sich ging. Einstimmig wurde Doda schuldig gesprochen und zu zwei Jahren Staatsgefängniß und 1000 fl. Geldstrafe verurtheilt. Der Vertheidiger K. Eötvös legte Berufung ein, doch wurde das Urtheil des Arader Schwurgerichtes von höchster Instanz in den letzten Tagen bestätigt. Trotzdem kann dieses Urtheil noch nicht vollzogen werden, da eine Verordnung vom Jahre 1867 verfügt: „Wenn der Angeklagte zur Verhandlung nicht erschienen ist und verurtheilt wurde, so darf er binnen zwei Monaten nachweisen, daß er wirklich am Erscheinen verhindert war, worauf eine neue Verhandlung anberaumt wird." Ohne Zweifel wird aber Trajan Doda abermals einstimmig verurtheilt und damit neue Unzufriedenheit unter den Rumänen Ungarns erzeugt werden.

* Aus Petersburg, 1. November, wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben:

So einmüthig und aufrichtig in seiner Freude wie gegenwärtig nach der Errettung der kaiserlichen Familie aus höchster Lebensgefahr war das russische Volk höchstens am Tage der Aufhebung der Leibeigenschaft. In Charkow, wo der Zar gleich nach der Katastrophe eintraf, erhielt die Freude der Bevölkerung besonders beredten Ausdruck, und in Moskau, wo der Zar heute eintreffen soll, werden die Wogen der Begeisterung nicht weniger hoch gehen. In der Residenz war der gestrige Tag offiziellen Dankgottesdiensten in der Isaakskathedrale, in Anwesenheit hoher Würdenträger und des ganzen diplomatischen Corps, und in allen übrigen Kirchen und Schulen geweihet. Aber verständlicher als durch Glockenklang und Kanonendonner während des Tedeums kommt die tiefe Bewegung der Bevölkerung durch die aus jedem Antlitz hervorleuchtende Freude zum Ausdruck. Schwerer denn je war am gestrigen Tage die Wahrnehmung, daß in Rußland politische Parteien existiren, die Person des Monarchen nicht von Allen gleich geliebt wird. Die gestern Nachmittags eingelaufenen Einzelheiten der Katastrophe und die Kunde von der Theilnahme des Zaren für die Verwundeten und besonders das im Bahnhof improvisirte Mittagessen, an dem alle Begleiter des Zaren bis auf den letzten Diener theilnahmen, machen sichtlich einen tiefen, höchst günstigen Eindruck. Namentlich das gemeinsame Mittagsmahl nach gemeinsam überstandener Gefahr entspricht vollständig russischen Anschauungen, und kein Wunder daher, daß man die Aussage: „Ein echt russisches Bild, von wundervoller russischer Poesie!" vernimmt und mitte Köpfe dieses Beispiel von Leutseligkeit und Einfachheit des Monarchen dem Westen als „russischen Socialismus" empfehlen, dabei ganz übersehend, daß die Scheidewand zwischen Kaiser und Volk ungleich so hoch wie in Rußland ist. Der bei der Entgleisung schwer verwundete Oberinspector Baron Stieremalt ist es, welcher seit Jahr und Tag die Unzulänglichkeit der vom verstorbenen Polizeiamt gebauten Bahnen nachzuweisen sucht und zu Ende des vorigen Jahrganges in einem Memoire über die Moscaw-Rjaßan-Bahn nachwies, daß ganze Stationen gestohlen seien, die Zahl der verfaulten Schwellen 300 000 Stück betrage und die Zahl der auf der Bahn vorkommenden Mißbräuche Legion sei. — Die große Zahl Todter wird durch den beengten Raum in dem Waggon erklärt, in welchem die Werkstätte für Eisenbahn-Reparaturen während der Fahrt untergebracht war. Der verschiedene Waggontheile und eine transportable Schmiede enthaltende Waggon brachte den Insassen um so größere Gefahr, als ein großer Theil des obgedachten beengten Raumes dadurch noch durch Aufstellung einer automatischen Bremse und durch Beanspruchung für die elektrische Beleuchtung des Zuges der Bremsung des Dienstpersonals entzogen wurde. Fast die Hälfte der Getödteten befand sich in der Werkstatt.

* Wie durch die amtliche schwedische „Postidning" bekannt wird, hat König Oscar sich in der letzten Sitzung des Staatsraths dahin ausgesprochen, daß der eventuelle Ueberschuß des Budgets zu einer Arbeiteraltersversorgung, zur Verminderung der communalen Lasten, zur weiteren Herabsetzung der Grundsteuer, sowie zur Unterstützung des Schifffahrtsberufes verwendet werden solle. Der König erbat sich bei diesem Anlaß die Meinung des Staatsraths. Der Staatsminister schlug vor, den Finanzminister die nothwendigen Schritte vornehmen zu lassen zur genauen Untersuchung der Frage. Die Regierung hat jetzt beschlossen, die nöthigen Untersuchungen vorzunehmen und sachkundige Hilfe in Anspruch zu nehmen. Endlich ist der Arbeiterversicherungsausschuß beauftragt, einen alternativen Vorschlag über eine auf Staatszuschuß beruhende Altersversorgung zu machen. Die vier Sachkundigen, welche berufen sind, sind Generaldirector Andersson, Generalzolldirector Löngren und die Abgeordneten Graf Sparre und Laß Olaf Larsson.

* Aus den Berichten, die aus Athen über die Festlichkeiten aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Königs Georg vorliegen, geht hervor, daß nächst dem Herzog von Edinburg der österreichische Specialabgesandte, Admiral Sterneck, Derjenige ist, welchem seitens des Hofes die meiste Aufmerksamkeit geschenkt wird. Manche Einzelheiten, die über den Empfang des Admirals und die ihm zu Theil gewordenen Auszeichnungen bekannt werden, wie beispielsweise, daß er allein zu der Familienfesttafel gezogen war und daß der König zu Ehren seines Gastes mit dem Großkreuze des ungarischen Stefansordens geschmückt erschien, deuten darauf hin, daß man in der Sendung des Admirals Sterneck und in dem Empfange, der demselben bereitet worden, Zeichen besonders freundschaftlicher Beziehungen zwischen Griechenland und der österreichisch-ungarischen Monarchie zu erblicken habe. Es scheint auch, daß man in Athen dies vor aller Welt bekunden will. Es ist dies, wiewohl die Beziehungen Oesterreichs zu Griechenland stets freundliche gewesen sind, doch eine bemerkenswerthe Erscheinung, besonders wenn man die mehrfachen Gegensätze berücksichtigt, die zwischen Griechenland und den anderen Balkanstaaten obwalten. Wenn dennoch sich die Beziehungen zwischen Griechenland und Oesterreich-Ungarn fester gestalten, so beweist dies, daß man auch in Athen die Ueberzeugung gewonnen hat, es stehe Oesterreich-Ungarn allen Balkanstaaten gleich objectiv gegenüber, und es hege keinerlei Bestrebungen, die mit der selbstständigen Entwickelung derselben im Widerspruch stünden, sondern es wünsche vielmehr, daß die vertragsmäßige Selbstständigkeit der Balkanländer in ruhiger Ausgestaltung ihrer Verhältnisse zur Geltung komme. Es läßt sich in der That kein besseres, alle von den Gegnern versuchten Verdächtigungen nachdrücklich strafendes Zeugniß für die Correctheit und Uneigennützigkeit der österreichisch-ungarischen Politik aufstellen, als es in der Thatsache enthalten ist, daß Oesterreich-Ungarn gleich gute Beziehungen zur Pforte, wie zu Griechenland, und wie zu letzterem auch zu Serbien, sowie zu Bulgarien unterhält, wenngleich, was Bulgarien betrifft, in Betracht gezogen werden muß, daß mit Rücksicht auf die bekannten obwaltenden Verhältnisse officielle Beziehungen zu dem Prinzen nicht bestehen.

* Der „Osservatore Romano" bestreitet entschieden, daß Cardinal Rampolla ein Rundschreiben an die Nuntien gerichtet hätte, worin gegen die Taufe Kaiser Wilhelm's und König Humbert's protestirt würde.

* Von einer Seite, welche mit den vaticanischen Kreisen Fühlung hat und über die dortigen Vorgänge und Strömungen stets gut unterrichtet ist, erfährt der römische Correspondent der „Kölnischen Zeitung", daß sich im Laufe der Zeit unverkennbar eine größere Annäherung zwischen dem Vatican und der französischen Regierung vollzogen und die französische Diplomatie einen mächtigen Einfluß bei den maßgebenden Persönlichkeiten der Curie gewonnen hat. Eine Reihe von Symptomen, welche man im letzten Jahre habe beobachten können, liefern an dieser Thatsache keinen Zweifel. Unter Anderm wies der Gewährsmann auf einen Vorgang aus dem letzten Frühjahr hin. Damals war eine polnische Abordnung in Rom eingetroffen, um dem Papste ihre Huldigung darzubringen. Alle Vorbereitungen zu dem Empfange derselben waren bereits getroffen, als der Papst im letzten Augenblick Gegenbefehl ertheilte. Der französische Gesandte hatte ihn darauf aufmerksam gemacht, daß die Gewährung einer Audienz an eine Abordnung, welche gleichsam ganz Polen vertrüte, seitens der russischen Regierung übel vermerkt werden würde. Der Papst hatte sich dieser Vorstellung nicht verschließen können, und die Polen mußten es sich daher gefallen lassen, daß sie, anstatt in corpore, nur in einzelnen kleineren Abtheilungen, welche als Abordnungen polnischer Städte eingeführt wurden, in gewissen Zwischenräumen nacheinander zum Empfang kamen. Der Vorgang mag an sich unbedeutend erscheinen, aber als ein Beleg für das Vorhandensein von Beziehungen vertraulichster Natur zwischen der Curie und der französischen Regierung verdient er, so scheint es mir, größere Beachtung, als ihm bisher zutheil geworden ist.

* Der „Newyork Herald" hat die Meinungsäußerungen von 111 amerikanischen Zeitungen über das summarische Vorgehen des Präsidenten Cleveland gegen Lord Sackville zusammengestellt: 68 billigen es, 32 mißbilligen es und 11 schwanken. In Washington legt man den Umstand, daß Lord Sackville noch einige Zeit in den Ver. Staaten zu verweilen gedenkt, keine Wichtigkeit bei, da er jetzt nur ein gewöhnlicher Ausländer ist, welcher keine amtliche Stellung einnimmt. Da der erste Gesandtschaftssecretair auf Urlaub ist, so wird der zweite Secretair, Mr. Michel Henry Herbert, die Geschäfte der Gesandtschaft einstweilen führen. Staatssecretair Bayard hielt eine Rede in Baltimore, in welcher er den Verfasser des an Lord Sackville gerichteten Briefes, Murchison, als einen Schurken brandmarkte, welcher zu jeder Schandthat fähig wäre. Parteimenschen, welche zu so gemeinen Mitteln griffen, sollte die volle Verachtung der Nation treffen. Bayard meinte sogar, daß gegen Murchison gerichtlich vorgegangen werden könne, obgleich das bezügliche Gesetz längst veraltet ist.

* Aus Port au Prince wird uns geschrieben: Wie bereits geschrieben, hatten wir seit Beginn der Revolution zwei Präsidentschafts-Candidaten, und zwar die Generäle Seide Thelemaque und François Legitime. Ersterer hatte am 4. August die Revolution im Cap Haitien begonnen und befand sich seit 20. August mit seiner Armee in der Hauptstadt Port au Prince. Letzterer war am 15. August nach Vertreibung des Präsidenten Salomon aus dem Exil hierher zurückgekehrt. Im Anfang schien es, als ob man die Erwählung des Präsidenten auf friedlichem und legalem Wege erfolgen lassen wollte, als aber nach Erwählung der Deputirten der General Thelemaque einsah, daß Legitime die Majorität habe, suchte er sich durch einen Coup d'Etat der Gewalt zu bemächtigen. — Am 28. September, Abends 8 Uhr griff er mit seinen Truppen das Gouvernementsgebäude an, es entwickelte sich ein sehr heftiger und blutiger Kampf, welcher die ganze Nacht andauerte und in welchem der General Thelemaque selber erschossen wurde. — Der ganze Norden der Insel, welcher Thelemaque anhing, beschuldigte nun die provisorische Regierung, sie habe Thelemaque ermorden lassen, und bereits am 3. October brach in Cap Haitien eine neue Revolution aus, welcher sich die Städte Gonaives und St. Marc anschlossen. Die Rebellen im Norden, welche ziemlich mächtig sind, befinden sich nun augenblicklich im Kriege gegen den Osten und Süden der Insel und kann man über das Ende dieses Bürgerkrieges noch kein Urtheil abgeben. Von den erwählten 82 Deputirten der Constituante kamen nur 36 hier in der Hauptstadt an, und war also keine Möglichkeit vorhanden und die legale Wahl eines Präsidenten unmöglich. — Man hat nun am 15. October Legitime zum Chef de pouvoir executif erwählt mit dem Rechte, sich seine 5 Minister selbst zu ernennen, und ist die Ernennung dieser Minister auch am 17. Oct. bereits erfolgt. Die hiesige Partei hat nun mit den zur Verfügung stehenden 3 Schiffen die Häfen Cap Haitien, Gonaives und St. Marc blockiren lassen und konnte der vor einigen Tagen in Gonaives ankommende deutsche Steamer „Ascania" bereits seine Ladung nicht mehr löschen. Beide Parteien glauben sich stark und scheint keine derselben an ein Nachgeben zu denken. Möglicherweise wird sich der nördliche Theil der Insel von dem Süden trennen und sich selber einen Präsidenten wählen. — (Wie telegraphisch gemeldet, ist Legitime zum Präsidenten gewählt worden.)

Aus Spanien.

* Am 26. October hat die Königin von Spanien einen Erlaß unterzeichnet, der befiehlt, daß Beförderung im Heere nur dann stattzufinden habe, wenn eine Officiersstelle frei wird. In der Einleitung des Schriftstückes wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Cortes „den Forderungen des Heeres nachkommen und den am 22. April 1887 vorgelegten Gesetzentwurf betreffs der Militairreformen so rasch als thunlich berathen werden". Am 27. Oct. hat General Cassola der Königin einen Besuch gemacht und ihr dargelegt, daß die angebliche Lösung des Streites durch das Ministerium das Heer keineswegs befriedige, daß dasselbe darin vielmehr nur die Absicht sehe, die Reformen aufzuschieben. Denselben Abend wurden sämmtlichen Officieren, Zeitungen und Amtspersonen seltsame Briefe zugeschickt, in denen eine nationale Fahne dargestellt ist mit der Inschrift: „Es lebe die Militairreform, es lebe General Cassola!" Die Republikaner sehen in dem früheren Kriegsminister schon einen der Ihrigen, und der „Liberal" versichert, daß in Paris im Hinblick auf diese Lage der Dinge zwischen Zorrilla, Salmeron und Pi y Margall das Bündniß abgeschlossen sei. Cassola's Einfluß im Heere ist unleugbar und ausschlaggebend, die aufrichtige Verehrung des Generals für die Königin Maria Christine ist jedoch eine sichere Bürgschaft für seine Haltung. Die unbegrenzte Achtung vor der tugendhaften Frau und der taktvollen und klugen Herrscherin, die sich die bedingungslose Anhänglichkeit aller Derer, welche mit ihr in Beziehung getreten sind, gewonnen hat, ist überhaupt ein wichtiger Factor geworden, mit dem in der liefverfahrenen spanischen Politik gerechnet werden muß. Das Bündniß der Republikaner beruht auf folgendem Plane: ein Coalitionsausschuß leitet die revolutionaire Agitation, die siegreichen Republikaner bilden dann nach dem Siege eine provisorische Regierung, bis die sogleich einzuberufenden Cortes entscheiden, welche Regierung zu herrschen habe. Angenommen, es gelänge den Republikanern wirklich, bis zu diesem Punct ihr Programm zu verwirklichen, in der Folgezeit würde sich dann zweifellos die tolle Wirthschaft von 1873 wiederholen müssen, wo Pi, Salmeron und Castelar einander in der Mißregierung ablösten, bis ganz Spanien sich wieder nach geordneten Zuständen sehnte und den zurückkehrenden Alfonso XII. begeistert empfing.

* Graf Merry y Colon de Benomar wird, wie jetzt feststeht, von seinem Posten als spanischer Botschafter am Berliner Hofe zurücktreten; die Beweggründe sind zur Zeit noch unbekannt. Als Graf Benomar seinen Sommerurlaub antrat, erwartete man, daß er Mitte dieses Monats wieder zurückkehren würde. Er war seit dem März 1875 am Berliner Hofe beglaubigt und war als der erste spanische Gesandte, den König Alfons bald nach seiner Thronbesteigung dorthin entsandt hatte. Es gelang ihm bald, festen Fuß zu fassen, und seiner Thätigkeit ist nicht zum Geringsten zu verdanken, daß zur Zeit so gute freundschaftliche Beziehungen zwischen Spanien und Deutschland bestehen, wovon noch in den letzten Jahren die schwierigen Verhandlungen aus Anlaß des Handelsvertrags und des Carolinenstreits einen deutlichen Beweis abgelegt haben. Wie sehr beide Regierungen diese freundschaftlichen Beziehungen zu befestigen suchten, gab sich erst kürzlich bei Erhebung der beiderseitigen Gesandtschaften zu Botschaften kund, und Graf Benomar war es noch beschieden, bei dem greisen Kaiser, der ihm und seiner anmuthigen Gattin stets besondere Huld und warmes Wohlwollen bekundete, Ende Januar dieses Jahres die feierliche Auffahrt als neuernannter Botschafter machen zu können. Graf und Gräfin Benomar waren in der Berliner Gesellschaft sehr beliebt, ihr vorzeitiges Scheiden wird allseitig aufs Lebhafteste beklagt werden. Als Nachfolger des Grafen Benomar wird Graf Rascon, der jetzige spanische Gesandte am italienischen Hofe, bezeichnet. Graf Rascon ist in Berlin nicht unbekannt; in einer der schwierigsten Zeiten, denen sein Vaterland ausgesetzt war, als Serrano nach der Abdankung König Amadeo's die Executivgewalt der Republik als Dictator leitete und dabei jene schwierigen Kämpfe mit Don Carlos und die verwickelten Verhandlungen mit der die Carlisten unterstützenden französischen Regierung zu führen hatte, wurde Graf Rascon zum spanischen Gesandten am Berliner Hofe ernannt und vom Kaiser Wilhelm am 2. September 1874 empfangen. Fürst Bismarck hatte, wie er in der bekannten Reichstagsrede vom 4. December 1874 aus Anlaß der Ermordung des Hauptmanns Schmidt durch Don Carlos auseinandersetzte, es für die richtigste, Deutschlands würdigste Vergeltungspolitik erklärt, daß er dem Lande „von so ruhmreicher Vergangenheit und von so bedauerlicher (damaliger) Gegenwart" dadurch am besten helfe, daß er die Reste staatlicher Consolidation, die damals noch vorhanden waren, anerkenne und zu kräftigen suche. Er veranlaßte damals, daß mit Deutschland sämmtliche anderen Mächte, mit Ausnahme Rußlands, die Anerkennung vollzogen. Der nächste Schritt, der daraus sich ergab, war die Entsendung des Grafen von Rascon an den Berliner Hof; er ist in Berlin zwar nur bis zur Thronbesteigung des Königs Alfons thätig gewesen, steht aber in den politischen Kreisen noch immer in gutem Andenken.

Königliches Schwurgericht.

XVIII. Sitzung.

* Leipzig, 5. November. Der Gerichtshof bestand aus den Herren Präsident Landgerichts-Director Bertsch, Landgerichts-Räthen Wolf und Gruber; die Anklage führte Herr Staatsanwalt Meißner, die Vertheidigung Herr Rechtsanwalt Brodn. Die Geschworenenbank wurde aus folgenden Herren gebildet: Beyer-Lindenau, Ritmann-Plagwitz, Eulitz-Pulsitz, Ehrlich-Gohlis, Zeising-Leipzig, Köhler-Leipzig, Ackermann-Taubner-Leipzig, Klage-Leipzig, Treptz-Reudnitz, Heydenreich-Leipzig, Brunner-Leipzig und Kuhn-Plagwitz.

Wir haben bereits in kurzen Zügen ein Bild aus der gegen den ehemaligen Schulgelder-Einnehmer Johann Karl Ernst Oehlschlägel aus Nichtanzeigung wegen Unterschlagung im Amte im schwereren Falle, Betrugs und Betrugsversuchs abgehaltenen Hauptverhandlung gegeben. Bekanntlich hatte darnach Oehlschlägel, welcher noch besonderer Militairdienstzeit hier als Rathsdiener angestellt wurde und es nach und nach bis zur Stellung eines verpflichteten Schulgelder-Einnehmers gebracht, zum Nachtheil der für die zweite bis siebente hiesige Bürgerschule einen Gesammtbetrag von 2678 ℳ und zum Nachtheil der hiesigen katholischen Schule, für welche ihm seine vorgesetzte Dienstbehörde die Einnahme der Schulgelder gestattete, einen Gesammtbetrag von 5478 ℳ (der sich auf die Jahre 1883 bis Anfang 1888 vertheilt) unterschlagen. Ferner hatte Oehlschlägel zur Verdeckung der erstermähnten Unterschlagungen die Manuale und bezw. die als Hauptbuch geltenden Heberegister theils unrichtig geführt, theils gefälscht, oder aber Blätter zusammengeklebt, andere wieder zähnlich entfernt, bei alledem aber immer so raffinirt gehandelt, daß unter Zahlungsnahme der Gelder für die katholische Schule, für welche er Abschriften nicht fertigte, die Fehlbeträge in den städtischen Schulen dadurch, daß also bei den Rechnungen Bücher und Casse in Uebereinstimmung befunden wurden.

Dem Angeklagten lag aber noch weiter zur Last, in zwei Fällen unter betrüglichen Vorspiegelungen Darlehen von 500 ℳ vom Kaufmann B. und von 400 ℳ vom Gastwirth B. erlangt, sowie ein Darlehn von 800 ℳ von einem gewissen Herrn H. zu erlangen versucht zu haben. Oehlschlägel hatte in dem einen Falle der Wahrheit zuwider dem Darleiher vorgespiegelt, er brauche das Geld, um eine verwandte Familie vor der Ausspielung und der Wegnahme der Mobilien zu retten, im andern und auch in dem Falle des versuchten Betrugs hatte Oehlschlägel darauf hingewiesen, daß er des Geldes deshalb benöthigt sei, weil seine Caution erhöht werden solle. Eine solche stand zur fraglichen Zeit noch gar nicht in Aussicht, noch weniger war sie beschlossene Thatsache.

Löschen nun der Herr Präsident den Angeklagten, der die lächerlichsten Ausflüchte zur angeblichen Entschuldigung vorführte, eindringlichst ermahnte, seine Vertheidigungsweise aufzugeben, durch welche er sich sicher mehr schade, so fuhr doch Oehlschlägel in seinen Behauptungen, namentlich auch derjenigen, daß er z. Zt. in einem geistig gestörten Zustande sich befunden habe, fort, und auch die Vorhalte, welche gegen diese Behauptungen sprachen, vermochten darin keine Aenderung hervorzubringen. Insbesondere wurde dem Angeklagten vorgehalten, daß er, obwohl verheirathet, doch zu einer anderen Frauensperson in einem intimen Verhältnisse gestanden, daß er in Restaurationen viel verzehrt und ganz unverhältnißmäßige Trinkgelder gegeben habe u. s. w. Charakteristisch war die Antwort des Angeklagten, als der Herr Präsident jenes Verhältniß zu dem betreffenden Frauenzimmer berührte; denn Oehlschlägel meinte, es sei nur „platonische Liebe" gewesen; freilich mußte er sich hierzu den Vorhalt gefallen lassen, daß er, als seine Arretur erfolgte, bei jener Frauensperson in einem betrunkenen Zustande angetroffen worden sei. Als ihm weiter vorgehalten wurde, warum er diejenigen Posten, welche Schulgeldpflichtige für das ganze Jahr auf einmal bezahlten, zu verschiedenen Zeiten und weit auseinandergelegen gebucht habe, erklärte Oehlschlägel, daß dies „Auswechslungen" gewesen seien, daß er überhaupt mehrfach „zuviel wiedergegeben habe" u. s. w., genug, der Angeklagte stellte durch seine ganze Vertheidigungsweise die Geduld des Gerichtshofes und der Herren Geschworenen auf eine wirklich harte Probe.

Die Berufung Oehlschlägel's auf seinen angeblich gestörten geistigen Zustand wurde durch Zeugniß des gerichtsärztlichen Sachverständigen, Herrn Hofrath Dr. Berger, widerlegt. Letzterer erklärte, daß Oehlschlägel zwar nach der Inhaftnahme über Kopfschmerzen geklagt, auch eine gewisse Aufregung gezeigt habe, daß dieser Zustand indessen lediglich auf die Entdeckung seiner strafbaren Handlungsweise zurückzuführen sei. Daß aber Oehlschlägel seiner geistigen Fähigkeiten und seiner freien Willensbestimmung beraubt gewesen sei, davon könne nimmermehr die Rede sein. Die gleichen Wahrnehmungen hatte übrigens auch Herr Medicinalrath Dr. Siegel, der den Angeklagten schon vorher untersucht hatte, gemacht.

Nach geschlossener Beweisaufnahme hielt die kgl. Staatsanwaltschaft die erhobene Anklage aufrecht, während die Vertheidigung den Schuldbeweis wenigstens hinsichtlich der Betrugsfälle nicht als erbracht erachtete und insoweit auf Verneinung der Schuldfragen antrug.

Gemäß dem Wahrspruche der Geschworenen, welche die Schuldfrage wegen der Unterschlagungen im schweren Falle bejahten, mildernde Umstände aber verneinten, dagegen die Schuldfrage wegen der Betrugsfälle ebenfalls verneinten, wurde Oehlschlägel zu 5 Jahren Zuchthausstrafe (unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft) und 5 Jahren Verlust der Ehrenrechte verurtheilt.

Vermischtes.

— Des deutschen Reiches größte Städte. Nach den neuesten statistischen Nachweisungen ordnen sich die mehr als 80 000 Einwohner zählenden Städte des deutschen Reiches gegenwärtig nach ihrer Einwohnerzahl wie folgt: 1) Berlin 1 415 000 E.; 2) Hamburg 498 600 E.; 3) Breslau 313 500 E.; 4) München 278 500 E.; 5) Dresden 259 200 E.; 6) Leipzig 181 400 E.; 7) Magdeburg (mit Vororten) 171 100 E.; 8) Köln 170 000 E.; 9) Frankfurt a. M. 163 700 E.; 10) Königsberg 156 500 E.; 11) Hannover 148 600 E.; 12) Düsseldorf 125 400 E.; 13) Nürnberg 122 900 E.; 14) Bremen 121 500 E.; 15) Chemnitz 119 000 E.; 16) Danzig 118 000 E.; 17) Stuttgart 117 900 E.; 18) Straßburg 115 900 E.; 19) Elberfeld 113 200 E.; 20) Altona 111 800 E.; 21) Barmen 106 800 E.; 22) Stettin 103 600 E.; 23) Aachen 101 000 E.; 24) Krefeld 98 700 E.; 25) Braunschweig 90 500 E.; 26) Halle 87 500 E.; 27) Dortmund 84 600 E.

†† Aus dem Vogtlande, 4. November. Die Feuerversicherungssumme betrug im Vorjahre in dem Fürstenthume Reuß älterer Linie 120 Millionen Mark, wovon auf die Stadt Greiz 66 206 949 ℳ entfallen. — In Pößneck starb der auch in weiteren Kreisen bekannte Sanitätsrath Dr. H. Hergt, welcher mehr als 50 Jahre seine Thätigkeit seiner Vaterstadt gewidmet hat und gleichzeitig über 44 Jahre Krankenhausarzt war. — Eine im Rathhaussaale zu Schleiz abgehaltene Bürgerversammlung hält es für wünschenswerth, daß die neue Warmbadeanstalt auf dem Platze neben dem Bürgerteiche zu errichten ist, wenn die dazu nöthigen Mittel aufgebracht werden können. Die Ausführung des Planes an dieser Stelle erfordert 3000 ℳ mehr als auf einem städtischen Grundstücke in der Brunnengasse. — Laut Beschluß findet die nächste große Geflügelausstellung mit Verloosung, welche der Geflügel-Züchter-Verein in Gera veranstaltet, am 9., 10. und 11. Februar im Saale der Tonhalle statt. — In der Marmorschleiferei zu Saalburg wurden drei Arbeiter beim Transportiren schwerer Platten theilweise ziemlich schwer verletzt. Einem Arbeiter aus Zoppothen wurde das Bein oberhalb des Fußes entzweigeschlagen.

□ Sondershausen, 4. November. Eine blutige That hat sich diese Woche in dem nahen Großenehrich abgespielt. Der Landwirth Eiwald erschlug die Ehefrau des kranken Arbeiters H., als dieselbe in sein Haus kam, um Pflegegeld von ihm, ihrem früheren Liebhaber, für ein außerehelich geborenes Kind zu verlangen, mittelst eines Beiles. Nach der That lud er den entseelten Körper der Frau auf seinen Wagen und fuhr ihn nach dem Walde bei Sondershausen, wo er ihn verscharrte. Als er Abends nach seinem Wohnorte zurückkehrte, wurde er verhaftet und gestand seine That ein. Die Leiche war inzwischen von Förstershunden aufgespürt worden. Der Mann der Frau verstarb inzwischen ebenfalls. Die nach hier gebrachte Frau wurde hier beerdigt.

— Ueber einen neuen Fundort der Sumpfschildkröte berichtet Herr G. Partheil in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift": „Die europäische Sumpfschildkröte (Emys lutaria) ist ein seltener Bewohner der Gewässer des mittleren Deutschland. Um so mehr dürfte es interessiren, von einem häufigeren Vorkommen dieses Thieres zu hören. Ungefähr 12 km südwestlich von Dessau liegt das Dorf Torgau. Der in der Nähe desselben befindliche in der Fuhne-Niederung belegene Teich gehört zum Flußgebiete der Saale. Schon vor längerer Zeit war mir besagtes Wasserbecken als ein Fundort der Emys bezeichnet worden. Der Lehrer des Ortes und mehrere Landleute wollten Exemplare verschiedener Größe gesehen haben. Trotzdem war es mir lange nicht möglich, eins desselben zu erlangen. Vor etwa vier Wochen wurde mir jedoch ein prächtiges Exemplar der Sumpfschildkröte zugeschickt. Dasselbe war, als es in meinen Besitz gelangte, von einer dicken Schlammkruste überzogen, welche es jedoch im Aquarium beim Schwimmen zwischen den Wasserpflanzen bald entfernte. Anfänglich benahm sich das Thier sehr scheu. Jetzt jedoch hat es alle Furcht abgelegt, bewegt sich munter umher und nimmt bereits Nahrung zu sich. Rohes Fleisch scheint ihm am besten zu munden. Seine Größe beträgt, vom Kopfe bis zur Schwanzspitze gemessen, 17 cm." — Wir bemerken zu dieser Mittheilung, daß die Sumpfschildkröte nördlich nur bis Mecklenburg geht.

— Die Frau Postmeisterin. Die deutsche „Verkehrszeitung" erzählt folgendes interessante Geschichtchen von einer ungarischen Postmeisterin:

Die Ortschaft Kronstiget im Märamaroser Comitat erfreut sich des Besitzes eines weiblichen Postvorstehers in der Person der Margarete Feldegi, einer feschen Schönheit, die vor Jahresfrist, gleich nach Empfang der Ernennungsverfügung, einen guten Jungen Namens Béla Horváth heirathete, dessen Lebensaufgabe lediglich darin bestand, ins Casino zu gehen und im Sonstigen der Mann der schönen Postmeisterin zu sein. Vor einer Woche nun erklärte die königliche (nämlich vom Staate angestellte) Frau ihrem zugetheilten Gehilfen, daß er für einige Tage die Führung des Postamtes auf seine schwachen männlichen Schultern nehmen müsse, weil sie, die Frau Postmeisterin, nach Ungvar zu reisen genöthigt sei, zum Begräbniß ihres daselbst verstorbenen Vaters. In zwei Tagen längstens wollte die Frau Vorsteher zurück sein. Mittlerweile verging jedoch eine ganze Woche, und der Gehilfe, dem sowohl das Geld, wie auch die Briefmarken längst ausgegangen waren, wußte sich nicht mehr zu helfen und telegraphirte daher an die Postdirection, welche sofort